

Was ist ÖPP / PPP?

Öffentlich **P**rivate **P**artnerschaft (engl. Abk.: PPP) ist eine neue Form der Finanzierung öffentlicher Investitionen. Nicht der Staat baut z.B. eine Schule, sondern ein privater Investor, der die Schule dann an den Staat vermietet.

Bislang spielt ÖPP in der öffentlichen Beschaffung kaum eine Rolle. Die Bundesregierung will ÖPP durch gesetzliche Vorgaben erleichtern und künftig 15% der Investitionen des Bundes über ÖPP finanzieren.

Befürworter des ÖPP erhoffen sich Kosteneinsparungen, Effizienzsteigerungen und zusätzliche finanzielle Ressourcen angesichts klammer öffentlicher Kassen. Kosten- und Zeitvorteile aufgrund der spezifischen Fachkenntnis externer Firmen sollen für die öffentliche Hand genutzt werden. Von Effizienzgewinnen um 10% ist die Rede. Das Konzept des ÖPP passt zum neoliberalen Leitbild eines schlanken Staates, der sich aus dem Wirtschaftsleben zurück zieht und immer mehr Aufgaben an private Unternehmen überträgt.

Die privaten Partner des ÖPP erhoffen sich neue, profitable Geschäftsfelder in Bereichen, die bislang durch die öffentliche Hand erbracht wurden. Hierunter fällt der Straßenbau, aber auch der Bau und Unterhalt von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden, sowie Aufgaben in den Bereichen Energie, Ver- und Entsorgung und Verkehr. Vielfach erhoffen sich Private auch einen Informationsgewinn durch Übernahme des Know-Hows der öffentlichen Verwaltung. ÖPP ist für private Investoren in der Regel ein risikoarmes Unterfangen. Nicht zuletzt ist ÖPP ein erster Schritt für weitere Privatisierungen.

KONTAKT

Toni Hofreiter wurde bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18.09.2005 über die bayerische Landesliste in den Deutschen Bundestag gewählt. Dort ist er Obmann der Grünen im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Er setzt sich schwerpunktmäßig für eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, für Verkehrssicherheit und für zukunftsfähige Mobilitätskonzepte ein.

Als bayerischer Abgeordneter ist Toni Hofreiter mit seinem Team darüber hinaus Ansprechpartner für die Themen Natur- und Umweltschutz, Landwirtschaft und Agro- Gentechnik, soweit es sich um bayerische Belange handelt.

Dr. Toni Hofreiter, MdB (V.i.S.d.P.)

Büro Berlin: Udo Werner, Uwe Scheuhing
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 745 15, Fax: 030 / 227 - 766 45
anton.hofreiter@bundestag.de

Regionalbüro München: Dr. Volker Leib, Markus Büchler
Sendlinger Straße 47, 80331 München
Tel: 089 / 46 13 65 84, Fax: 089 / 46 13 65 85
anton.hofreiter@wk.bundestag.de

Regionalbüro Nürnberg: Steffi Leisenheimer
Bettelheimstr. 18, 90471 Nürnberg
Tel: 0163 / 971 93 13, leisenheimer@toni-hofreiter.de

Regionalbüro Landshut: Rosi Steinberger
Rosenweg 12, 84036 Kumhausen
Tel.: 0871 / 46 47 89, steinberger@toni-hofreiter.de

www.toni-hofreiter.de

HINTERGRUNDINFO

ÖPP – (PPP) Öffentlich Private Partnerschaft

**hohe Risiken und
geringer Nutzen
für Kommunen
und Steuerzahler**



Dr. Toni Hofreiter

Mitglied des Deutschen Bundestags
www.toni-hofreiter.de



KRITIK AN ÖPP

Die Rechnungshöfe warnen vor langfristigen Risiken des ÖPP. ÖPP sei keine zusätzliche Finanzierungsquelle. Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten könne, dürfe sie sich auch nicht alternativ finanzieren, da Kosten lediglich in die Zukunft verschoben würden, so die Rechnungshöfe.

- ÖPP ist meist teurer als die Eigenerstellung der öffentlichen Hand. Geringe Effizienzvorteile der Privaten werden durch Kapitalkosten überkompensiert.
- ÖPP ist versteckte Staatsverschuldung
- Niemand kommt an so billige Kredite wie die öffentliche Hand durch Vorzugskonditionen bei öffentlichen Banken.
- Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert, denn: Das Risiko z.B. bei Insolvenz des privaten Partners bleibt immer bei der öffentlichen Hand.
- Kosteneinsparungen werden meist über niedrigere Löhne oder weniger Personal erreicht.
- ÖPP-Verträge sind hochkomplex. Weder Verwaltung noch Ratsmitglieder haben die Möglichkeit, sich adäquat mit der Materie zu beschäftigen.
- ÖPP ist ein Trojanisches Pferd, um weitere öffentliche Aufgaben schrittweise an Private zu übertragen. Die öffentliche Hand verliert die Kontrolle über die Erfüllung ihrer Aufgaben an renditeinteressierte Privatinvestoren. Mittelständische Unternehmen kommen kaum zum Zug.
- Das Interessengeflecht aus Beratern, Inves-

toren, Baukonsortien und öffentlichen PPP-Kompetenzzentren kann der Korruption Tür und Tor öffnen.

- Im Zielkonflikt zum Gewinnstreben der privaten ÖPP-Partner steht der Gemeinwohlgedanke, der der öffentlichen Hand z.B. die soziale Ausgestaltung von Nutzungsgebühren oder die gleichmäßige Bereitstellung von Infrastrukturleistungen in nicht rentablen Randgebieten gebietet.
- Das ÖPP-Prinzip ist in demokratischer Hinsicht problematisch. Entscheidungen werden geheim getroffen, betriebliche Informationen bleiben unter Verschluss.

FALLBEISPIELE

Der Bayerische Oberste Rechnungshof kritisierte 2006 Mehrkosten bei ÖPP im Straßenbau. Er nahm zwei Pilotvorhaben unter die Lupe. Der ORH kritisiert, dass die Verwaltung ungleiche Zahlen miteinander verglich und so irrtümlich Kostenvorteile für ÖPP errechnete. In beiden Fällen wäre eine konventionelle Realisierung günstiger gewesen.

Warnotunnel in Rostock: Der Betreiber stand aufgrund von Mindereinnahmen bei der Maut vor der Pleite. Die öffentliche Hand musste ihn finanziell auffangen und die Konzessionszeit auf 50 Jahre erweitern.

Verwaltungsneubau Gladbeck: Investor und Berater haben der Stadt ein überdimensioniertes Gebäude mit überhöhten Betriebskosten realisiert, für die die hochverschuldete Stadt Kredite aufnehmen und langfristig einen immensen Schuldenberg anhäufen muss, so die Kritiker. Der Effizienzvorteil dürfte bei weitem überkompensiert worden sein.

ALTERNATIVEN

Eigenerstellung mit straffer organisatorischer Führung der Verwaltung bzw. öffentlicher Unternehmen, Mitarbeiterschulungen, Benchmarking und Controlling, Kooperation von Gebietskörperschaften und transparente Vergabeverfahren, sind Methoden, mit denen die durch ÖPP erhofften Einsparungen bei Kosten und Ressourcen ebenso erreichbar sind – zum Nutzen von Beschäftigten und Steuerzahlern.

Positive Ausnahmen sind im Einzelfall denkbar, aber unwahrscheinlich.

Das ist bei ÖPP stets zu beachten:

- ÖPP-Vorhaben sind keine neue Geldquelle!
- ÖPP muss sorgfältig und realistisch hinsichtlich der Chancen und Risiken bewertet werden.
- Effizienz- und Kostenvorteile sind exakt und glaubhaft nachzuweisen
- Zins- und Tilgungslasten über die Vertragsdauer sind klar auszuweisen und mit konventionellen Kreditfinanzierungen zu vergleichen
- Projektrisiken sind zwischen öffentlichem und privatem Partner fair aufzuteilen
- Vergaberechtliche Aspekte müssen auch bei ÖPP-Projekten gewahrt bleiben.
- Es muss sicher gestellt sein, dass die Gemeinwohlaufgabe der öffentlichen Hand (z.B. Sozialtarife) durch die Vertragsgestaltung nicht beeinträchtigt wird.
- Prüfungsmöglichkeiten durch Rechnungshöfe und Kommunalaufsicht müssen gewahrt bleiben.

Die Grünen fordern einen gesetzlichen Rahmen für den Einsatz von ÖPP, der den falscher Anreiz zu weiterer Verschuldung vermeiden und Mindeststandards hinsichtlich der Transparenz gewährleistet.